

Während ihres Aufenthaltes an der Homburger Klinik informierten sie sich bei dem Operationsprogramm, den klinischen Visiten und Demonstrationen sowie bei den Diskussionsveranstaltungen in einem regen Gedankenaustausch über den derzeitigen Stand der deutschen Urologie und berichteten über ihre neuen, eigenen Forschungsergebnisse. Hier waren besonders interessant klinische und angiographische Untersuchungen über den venösen Kreislauf der Niere. In Heidelberg, dem zweiten großen Zentrum für Nierentransplantation,



Auf dem Empfang beim Saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Röder (rechts Dr. Röder, links Prof. Lopatkin)

Fotos: Bellarin (2); Landeszentrale für politische Bildung (1)

demonstrierte Professor Dr. Röhl, Direktor der Urologischen Universitätsklinik Heidelberg, eine technisch schwierige Nierentransplantation bei eineiigen Zwillingen, die lehrbuchmäßig ablief. Da Professor Lopatkin selbst ein großes Transplantationszentrum leitet, war er an den Problemen der klinischen Dialyse, der Spenderorganisation und der Organkonservierung besonders interessiert. Anschließend überreichte ihm Professor Röhl die Gustav-Simon-Plakette, die zur Erinnerung an die erste gelungene Nephrektomie beim Menschen vor 100 Jahren durch den Heidelberger Chirurgen Professor Simon gestiftet wurde. C. E. Alken/DÄ

Mehr private Zusatzversicherungen?

Die neue Bundespflegesatzverordnung, die am 1. Januar 1974 in Kraft tritt, kann möglicherweise zu einem Boom privater Zusatzversicherungen für den Krankenhausaufenthalt führen. Denn nach dem neuen Recht können Privatversicherte wie bisher zwischen Ein-, Zwei- oder Mehrbettzimmer wählen. Auch bleibt dem Patienten in der Zukunft uneingeschränkt die Wahl des behandelnden Arztes erhalten. Die neue Bundespflegesatzverordnung sieht gleiche Pflegesätze für alle Benutzer bei medizinisch notwendigen Krankenhausleistungen vor. Außerdem entfallen die bisherigen Nebenleistungskataloge; die Inanspruchnahme eines Ein- oder Zweibettzimmers ist nicht mehr wie bisher gleichzeitig mit der gesonderten Berechnung der ärztlichen Leistung verknüpft (Entkopplung).

Die Unternehmen der privaten Krankenversicherung (PKV) werden sich auf die neue Situation einzustellen haben. Zur Zeit wird geprüft, wie sie ihre Tarife der neuen Situation anpassen können. Nach Auffassung des PKV-Verbandes werden sie insbesondere berücksichtigen, daß die privatärztliche Behandlung nicht mehr mit der Art der Unterbringung im Krankenhaus gekoppelt sein muß.

Den Versicherten werden demnach auch Tarife anzubieten sein, die ihnen allein die Kosten der privatärztlichen Behandlung erstatten. Sie könnten sich aber auch dazu oder ausschließlich gegen die Mehrkosten des Ein- oder Zweibettzimmers absichern. Die Privatversicherer versprechen sich von der Aufteilung ein verstärktes Interesse großer Kreise der Bevölkerung an Krankenzusatzversicherungen. Sie gehen allerdings davon aus, daß die meisten Versicherungen – wie bisher – so gewünscht werden, daß sie das Kostenrisiko sowohl der privatärztlichen Behandlung als auch der

Komfortzimmer decken. Im übrigen hoffen die PKV, über die Landespflegesatzausschüsse, in denen sie vertreten sind, die Belange der Privatversicherten bei der Pflegesatzregelung entsprechend vertreten zu können. HC

Großes Bundesverdienstkreuz für Dr. Christiani, Kiel

Dr. med. Edmund Christiani, der Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein, Mitglied des Vorstandes der Bundesärztekammer, wurde vom Bundespräsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Der Orden ist Dr. Christiani am 9. April 1973 durch den Ministerpräsidenten



Ministerpräsident Dr. Stoltenberg und Dr. Christiani Foto: Brix

des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, in Kiel überreicht worden. Mit der hohen Auszeichnung wurde das nunmehr fast drei Jahrzehnte währende besondere gesundheits- und sozialpolitische Bemühen Dr. Christianis im Lande Schleswig-Holstein und darüber hinaus in der Bundesrepublik öffentlich gewürdigt. Bereits an der gesetzlichen Wiederbegründung der Ärztekammer Schleswig-

Holstein – Anfang der 50er Jahre – hatte Dr. Christiani maßgeblichen Anteil. Seit 12 Jahren steht er der Ärztekammer Schleswig-Holstein als deren Präsident vor und gehört dem Vorstand der Bundesärztekammer als Mitglied an. Über den engeren Bereich Schleswig-Holsteins hinaus erwarb sich Dr. Edmund Christiani besondere Verdienste um das Gesundheitswesen und den ärztlichen Berufsstand durch seine auch einer breiteren ärztlichen und allgemeinen Öffentlichkeit bekanntgewordenen Bemühungen um das Facharztwesen sowie um die Neugestaltung des ärztlichen Gebührenwesens. Der der Bundesregierung seit einigen Jahren vorliegende, aus mehr als zehnjährigen Arbeiten hervorgegangene Entwurf einer umfassend neugestalteten Gebührenordnung wurde im wesentlichen unter seinem Vorsitz erarbeitet.

In den letzten Jahren galten besonders intensive Anstrengungen des engagierten Nervenarztes Dr. Christiani der Bekämpfung der Suchtgefahren. Hierzu legte er im vergangenen Jahr eine vielbeachtete und inzwischen weit verbreitete Schrift „Drogenmißbrauch und Drogenabhängigkeit“ vor. Auch international hat sich Dr. med. Edmund Christiani gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahren besondere Wertschätzung der Fachwelt als Vertreter seines Landes erworben. en

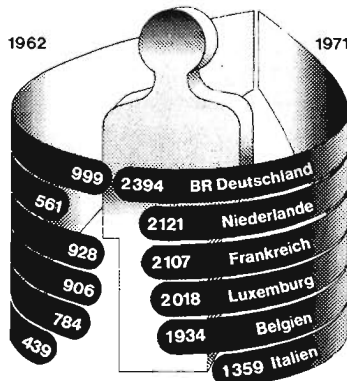
Sportmedizinische Betreuung der Jugend

In der Sitzung des Bundestags-Sportausschusses regte der Vorsitzende, der Freiburger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Evers, an, Möglichkeiten und Maßnahmen der sportmedizinischen Betreuung bei Leistungssportlern auch auf Jugendliche auszudehnen, sofern sie Wettkampfsport ausüben. Der Abgeordnete machte darauf aufmerksam, daß durch eine möglichst frühzeitig einsetzende

sportmedizinische Begleitung des Breitensports Fehlentwicklungen und Gesundheitsschädigungen von Jugendlichen und nachfolgend von Spitzensportlern vermieden werden könnten. An den Bundesminister richtete der Abgeordnete den Appell, die hierzu erforderlichen Mittel gegebenenfalls im Rahmen einer Modellmaßnahme zur Verfügung zu stellen, um die bereits in einigen Bundesländern praktizierten Initiativen zu unterstützen, auszuwerten und für alle zugänglich zu machen. HC

Sozialer Schutz in der EWG

Sozialausgaben je Kopf der Bevölkerung in DM



Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) blickt auf eine erfolgreiche Zehnjahresbilanz: Gegenüber 1962 konnten alle Partnerländer die Sozialausgaben je Einwohner mehr als verdoppeln. Italien und die Niederlande gaben sogar drei- bis viermal soviel für die Soziale Sicherung der Bevölkerung aus. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor unangefochten an der Spitze liegt, haben sich in den zehn Jahren die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern ein wenig verringert. Damit kam man dem Ziel, auch auf sozialem Gebiet eine Harmonisierung zu erreichen, ein beträchtliches Stück näher. Erklärtes Ziel des EWG-Vertrages ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in EG-Ländern einander anzugleichen. DÄ/Globus

Reform des Lebensmittelrechts in Sicht

Der Gesetzentwurf zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts wurde nach der ersten Lesung im Deutschen Bundestag den beratenden Ausschüssen zugeleitet. Der Entwurf enthält für alle Bereiche zum Teil wesentliche Verbesserungen zum Schutz des Verbrauchers vor eventuellen Gesundheitsschäden und vor Täuschungen. Im einzelnen sind vorgesehen: Erlaß von Rechtsverordnungen über Lebensmittel, kosmetische Mittel und sonstige Bedarfsgegenstände zur Verhütung von Gesundheitsgefährdungen; bestimmte Werbebeschränkungen für Lebensmittel, Tabakerzeugnisse und kosmetische Mittel; Schutzvorschriften für Gegenstände des persönlichen und häuslichen Bedarfs sowie entsprechende Überwachungsvorschriften. CI

In einem Satz

Krankenhäuser – Die Investitionskosten pro Krankenhausbett (Bettenwert) haben sich seit 1955 mehr als verdreifacht: 1955 kostete ein Krankenhausbett durchschnittlich noch 30 000 DM, 1966 bereits etwa 70 000 DM, gegenwärtig wird ein neu zu errichtendes Krankenhausbett mit 110 000 DM veranschlagt.

Gewerkschaften – Ende 1972 zählte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) insgesamt 6 985 548 Mitglieder, das bedeutet einen Zugang von 116 886 Mitgliedern gegenüber 1971.

Demoskopie – Nach einer repräsentativen Befragung des Emnid-Instituts, Bielefeld, rangiert der Wunsch der Bevölkerung nach Erhaltung der Gesundheit mit 56 Prozent aller Antworten mit weitem Abstand an erster Stelle, gefolgt vom Wunsch nach Erhaltung des Friedens und der Freiheit (15 Prozent). HC